



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster SPD**

Auswirkungen der Corona-Krise auf den öffentlichen Dienst: Umfassende Zwischenbilanz im Sinne der Beamtinnen und Beamten und der Tarifbeschäftigten des Freistaates ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zeitnah zusammen mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften eine umfassende Zwischenbilanz über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beamtinnen und Beamten und die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern zu ziehen und entsprechende Zukunftskonzepte zu entwickeln.

Dafür sollen insbesondere folgende Punkte in den Blick genommen werden:

- systematische Übersicht über die Bereiche der Staatsverwaltung, die in besonderem Maße durch zusätzliche Anforderungen und Mehrarbeit betroffen sind, und Bewertung der aktuellen Anforderungen
- Erfassung der zusätzlich angefallenen sowie des aktuellen Stands der Überstunden durch die zuständigen Ressorts und Entwicklung von Konzepten, wie diese Überstunden in einem angemessenen Zeitraum abgebaut bzw. vergütet werden können
- Identifizierung von Arbeitsfeldern, in denen sich der Personalbedarf auch dauerhaft ändern wird und insbesondere Planungen zur Deckung zusätzlichen Personalbedarfs
- Auswertungen der Erfahrungen mit Homeoffice, Telefonkonferenzen, Videokonferenzen und Entwicklung einer Konzeption, welche Rolle diese Möglichkeiten im Arbeitsleben künftig spielen können und sollen
- Dank und Anerkennung des Freistaates in angemessener Form für seine Beschäftigten und Bediensteten, die in besonderem Maße zusätzliche Anforderungen bzw. Leistungen erfüllt haben

Begründung:

Die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern haben in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung ihren Beitrag dazu geleistet, dass Bayern bislang vergleichsweise gut durch die Corona-Krise kam. Der öffentliche Dienst ist also gerade auch in Zeiten außerordentlicher Erfordernisse eine unerlässliche und zuverlässige Säule des Freistaates.

Gerade deshalb ist es geboten, im Interesse der Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine umfassende Zwischenbilanz und Schlussfolgerungen zu ziehen und ggf. Maßnahmen im Sinne der Bediensteten und Tarifbeschäftigten zu ergreifen. Dass hier Handlungsbedarf gegeben ist, belegt die Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche

Anfrage des Abgeordneten Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion. Demnach gibt es beispielsweise keinen Gesamtüberblick über die im Zusammenhang mit der Corona-Krise angeordneten Überstunden.

Darüber hinaus sollten auch die Möglichkeiten in den Blick genommen werden, die sich durch Homeoffice, Telefon- und Videokonferenzen sowie die Digitalisierung insgesamt sowohl für die Arbeitskräfte als auch für den Freistaat ergeben.

Nicht zuletzt ist es auch an der Zeit, über ein „Dankeschön“ an die Angehörigen des öffentlichen Dienstes nachzudenken.